

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — erscheint an jedem Werktag — — —
Zur Halle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Art
des Betriebes der Zeitung oder der Veröfentlichung der Zeitung, hat der Verleger
keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zellenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtl. 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Sauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Bietnig, Hauswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Dier- und
Niederkeina, Friedersdorf, Tschernsdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. F. Fiedler & Co. (Inh. J. B. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 34

Montag, den 10. Februar 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Zum Schutz der einheimischen Eierzeugung wird im Reichsernährungsministerium ein Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Eiern vorbereitet.
Im Hamburger Hafen hat sich am Sonnabendabend ein Zusammenstoß zwischen einem 1000 Tonnen großen englischen Dampfer und dem 20 000 Tonnen großen amerikanischen Dampfer „President Roosevelt“ ereignet, wobei beide Schiffe schwere Beschädigungen erlitten.
Am Sonntag mittag brach im Gebäude der Bank Chandoz in Lüttich, die vor einiger Zeit die Zahlungen eingestellt hat, Feuer aus, durch das zwei Stockwerke vernichtet wurden. Die Bankakten wurden gerettet. Zwei Feuerwehrleute wurden schwer verletzt.
Der Papst spricht sich in einem Schreiben an den Generalvikar von Rom scharfsinnig gegen die religionsfeindlichen Ausschreitungen in Sowjetrußland aus.
Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Madrid hat der zurückgetretene Diktator Primo de Rivera Madrid verlassen und sich nach San Remo begeben, wo er sich einige Tage zur Erholung aufhalten wird.
Moskauer Meldungen kündigen im Zusammenhang mit dem Freispruch im Tschernomorskerprozess einen diplomatischen Schritt der Sowjetregierung an.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

Winterbeginn im Februar.

Endlich scheint sich der Winter doch noch auf seine Pflichten zu bestimmen. Unter dem Einfluß anhaltender Nordostwinde, die kühle Luft in großen Massen herangeführt haben, ist die Temperatur in ganz Deutschland beträchtlich gesunken. In vielen Gegenden haben Schneefälle eingekehrt. Am kältesten war es in Sachsen, wo die Temperatur Sonnabend 6 Grad unter dem Gefrierpunkt lag, und in Oberschlesien, wo 8 Grad Kälte gemessen wurden. Im Rheinland lag das Quecksilber zwischen null und 2 Grad Kälte. Das Kaltluftgebiet hat sich übrigens weit nach Westdeutschland vorgeschoben. Interessant ist, daß Paris bei leichtem Schneefall zwar 3 Grad Wärme, Madrid aber, wo nur äußerst selten Frost herrscht, zur gleichen Zeit 1 Grad Kälte hatte. Auch in London hat es übrigens bei 1 Grad Wärme geschneit. So gut wie augenblicklich waren die Winterportverhältnisse im Gebirge in diesem Jahre noch nie. Seit Sonnabend ist nicht nur in den Alpen und im Riesengebirge, sondern auch im Harz, in Thüringen, im Isergebirge und in den Gebirgen Westdeutschlands

überall Neuschnee

gefallen. Seit langer Zeit kommt jetzt auch aus Sahnenklee und aus Schierke die Nachricht: „Eis- und Rodelsport sehr gut.“ Bei heiterem Himmel herrschte dort 8 bis 9 Grad Kälte. In Oberhof betrug die Temperatur 10 Grad unter Null, in Oberwiesenthal sogar 12 Grad Kälte. Am höchsten liegt der Schnee gegenwärtig in der Heufüberbaude im Isergebirge, nämlich 85 Zentimeter hoch. Krummhübel, Bräunenberg und Schreiberhau melden 1 bis 5 Zentimeter Neuschnee, 11 bis 12 Grad Kälte und gleichfalls sehr gute Sportmöglichkeiten. Am kältesten ist es im Riesengebirge auf der Reitertrübebaude, bei der 80 Zentimeter hoher Schnee liegt und wo 15 Grad unter Null gemessen wurden. Auch in Oberstdorf und in Garmisch-Partenkirchen, wo mildere Temperaturen herrschen, ist die Sportlage sehr gut.

Pulsnitz. („Die Nacht der Erkenntnis“), der erste deutsche Nadelton-Vortrags-Film, gelangt im Rahmen einer Sondervorstellung am Mittwoch, den 12. Februar, 7 und 9 Uhr im Olympia-Theater zur Aufführung. Dieser Film, der in fast allen Großstädten das Tagesgespräch bildete und in dem Fritz Kortner neben Ruth Weyer und Alexander Granach die Hauptrollen spielen, ist das Ereignis der diesjährigen Film Saison. In einer Analyse schreibt der bekannte Professor Dr. Hilbrandt in den „Kinematographischen Monatsheften“ eine vier Seiten lange Würdigung und führt u. a. folgendes aus: „In diesem Falle ist der Raum für das Ungeheuerlichste geschaffen, für eine Traumwelt, eine Welt der blinden Triebe, der letzten Möglichkeiten, in der sich die Leidenschaften ohne Hemmungen austoben. Wir erfahren so das Furchtbare primitiver Triebe, die nur im Film so stark herausgearbeitet werden können. Dieser Film ist ein Kunstwerk in jeder Beziehung. Dr. Robinson, der mit Grau zusammen die Regie führt und auch das Manuskript gemacht hat, hat mit ihm zusammen den Beweis geliefert, daß auch im Kino wirkliche Kunstwerke möglich

Neuregelung des Gaststättenwesens

70 000 Gaststätten sollen in Deutschland verschwinden

Berlin. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags fiel am Sonnabend die Entscheidung über zwei grundlegende Fragen des Schankstättengesetzes, der neuerdings den Namen Gaststättenengesetz erhalten hat. Mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, des Zentrums und des Abgeordneten D. Mumm von der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft wurde gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien die Einführung der Verhältniszahl (eine Gaststätte auf 400 Einwohner) bei der Prüfung der Bedürfnisfrage bei der Konzessionierung im Gaststättengewerbe angenommen. Sollte dieser Beschluß auch in der zweiten Lesung sowie in der Vollziehung bestätigt werden, so wäre die Folge davon das Verschwinden von rund 70 000 Gaststätten in Deutschland. Die Frage der Konzessionspflicht des Flaschenbierhandels wurde in verneinendem Sinne entschieden. Für sie stimmten nur die beiden Vertreter der Wirtschaftspartei.

eine Gefahr für den deutschen Osten, sondern für das ganze Deutsche Reich, dessen Schicksal mit dem Wohl und Wehe des deutschen Ostens unlöslich verbunden sei, schärfster Widerspruch erhoben wird. Vom Reichstag wird die Ablehnung des Liquidationsabkommens gefordert.

Indirekte 250-Millionen-Anleihe des Reiches.

Ueber die Pläne zum Ausgleich des Reichshaushalts 1930-31 verlaute von unterrichteter Seite noch folgendes: Es ist beabsichtigt, die Fehlbeträge der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung außerhalb des normalen Haushalts zu regeln, in der Form, daß die Angestelltenversicherung der Arbeitslosenversicherung einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Mark zur Verfügung stellt. Das Reich wird für diesen Kredit die Ausfallbürgschaft übernehmen und, um jede Sicherheit dafür zu schaffen, daß diese Beträge nicht verloren gehen, Reichsbahnvorrugsaktien mit einer Garantie gegen Kursverluste in Höhe von 250 Millionen Mark der Angestelltenversicherung übergeben. Weiter soll das Reichsfinanzministerium einen Tilgungsplan aufstellen, der diese Schuld im Laufe von einigen Jahren abgibt. Praktisch heißt das, daß das Reich neue Schulden in Höhe von 250 Millionen Mark machen muß, um den Haushalt auszugleichen.

Ferner ist geplant, die Biersteuer um 50 v. H. und die Umsatzsteuer um ein Viertel v. H. zu erhöhen. Wie verlaute, beabsichtigt das Reichsfinanzministerium, den Ländern insofern einen Ausgleich zu bieten, als ihnen von dem Mehraufkommen der Biersteuer 80 Millionen zuzufallen, von denen Bayern allein 40 Millionen erhalten soll.

Gewerkschaftenprotest gegen die Finanzreform.

Die Spitzenorganisationen aller Gewerkschaften haben beim Reichsfinanzminister Protest gegen den Plan erhoben, das Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Etatsjahr 1930/31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Die Gewerkschaften haben stattdessen eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen. Nach dieser Erklärung der Gewerkschaften hält man in parlamentarischen Kreisen der Regierungsparteien den ganzen Finanzplan des Reichsfinanzministers für gefährdet.

Die Beitragserhöhung wird bei den Regierungsparteien nicht durchzusehen sein. Eine Möglichkeit, das Defizit der Anstalt für Arbeitslosenversicherung auf anderem Wege abzudecken, gibt es kaum. Unter diesen Umständen werden die Verhandlungen der Regierungsparteien über den Etat jetzt außerordentlich schwierig werden. Man hat daran gedacht, ein Kompromiß dadurch zu finden, daß man nur für ein Jahr die Steuererhöhungen bewilligt. Dieses Kompromiß leidet aber darunter, daß dann auch die Mittel für die Arbeitslosenversicherung fehlen. Außerdem würde das Zentrum in einem derartigen Kompromiß wohl kaum eine Erfüllung der Forderung sehen können, daß vor der Annahme des Young-Planes alle finanziellen Probleme endgültig geregelt seien.

Der Reichsernährungsminister

und das Schwedenabkommen.

In der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz hat Landesökonomierat Kropp (Würzburg), der Führer des Christlichen Bauernvereins in Unterfranken, im Zusammenhang mit der Entsendung des Grafen Douglas zu den deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen Angriffe gegen den Reichsernährungsminister Dietrich gerichtet. Graf Douglas habe persönliche und wirtschaftliche Interessen in Schweden. Er sei Kammerherr des schwedischen Königs, und außerdem habe er auch noch Besitzungen in Schweden. Der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich sei nicht nur ein Landsmann des Grafen Douglas, sondern er sei auch Pächter des Grafen; denn Dietrich habe von ihm einen Hof gepachtet, den ein Bruder des Reichslandwirtschaftsministers verwalte. Die Landwirtschaft müsse verlangen, daß zur Vertretung ihrer Interessen Sachverständige ernannt würden, die unabhängig von eigenen und wirtschaftlichen Interessen seien.

Reichsernährungsminister Dietrich gibt den Tat-

Der Reichspräsident

besucht die „Grüne Woche“.

Berlin. Reichspräsident v. Hindenburg stattete am Sonnabend der „Grünen Woche“ einen längeren Besuch ab. Zu seinem Empfang hatten sich Bürgermeister Scholz, der Präsident des Deutschen Jagd-Bundes, Prinz Jsenburg, und der Präsident des Reichs-Landbundes, Reichsminister a. D. Schiele, eingefunden. Direktor Dr. Schick begrüßte den Reichspräsidenten, und der Leiter der „Grünen Woche“, Hans-Jürgen v. Hake, übernahm die Führung durch die Ausstellung. Besonders eingehend besichtigte der Reichspräsident die Jagdausstellung, deren Tropfäfen und lebende Tiere sein lebhaftes Interesse fanden. Sehr anerkennend äußerte sich der Reichspräsident über die Landeskultur-Ausstellung und ihre große Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft.

Deutscher Protest in Kowno.

Auf die Meldung, wonach die litauische Regierung allen reichsdeutschen Lehrern Mitteilung von ihrer bevorstehenden Ausweisung gemacht habe, hat die Reichsregierung den deutschen Gesandten in Kowno telegraphisch angewiesen, sofort Vorstellungen zu erheben.

Die Ausweisungsanordnung des Gouverneurs Merz ist um so ungeheurer, als gegenwärtig zwischen der Reichsregierung und Litauen Verhandlungen über die Verhältnisse der reichsdeutschen Lehrerschaft schweben und die Vereinbarung getroffen wurde, daß bis zum Abschluß dieser Verhandlungen keinerlei Veränderungen erfolgen sollten. Man darf daher wohl annehmen, daß der deutsche Gesandte der litauischen Regierung eindeutig zum Ausdruck bringt, daß es doch wohl nicht angehe, sich über getroffene Vereinbarungen hinwegzusetzen.

Der Ostmarkenverein gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Berlin. Der Deutsche Ostmarkenverein veranstaltete am Sonntag eine Kundgebung gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Nach kurzer Eröffnungssprache des Vorsitzenden, Staatsminister a. D. Dr. von Richter, hielt Universitätsprofessor Dr. Freyer-Königsberg (Mitglied d. B. V.) einen Vortrag über „Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen im Lichte der Politik Bismarcks“. An Hand eines geschichtlichen Ueberblicks wies er nach, daß Bismarck von den ersten Anfängen seiner Politik an die große Gefahr erkannt und bekämpft hat, die Preußen-Deutschland von einem selbständigen Polen droht. Darum forderte der Redner: Zurück zum richtig verstandenen Bismarck! das heißt vor allen Dingen, Wiederaufnahme der Ostorientierung. Dazu gehören vor allen Dingen die Durchdringung des ganzen deutschen Volkes mit dem Gedanken, daß ein Paktieren mit Polen nicht möglich sei. Natürlich sei die Wiedererlangung der uns geraubten Gebiete nicht heute oder morgen möglich, aber wir müßten alles vermeiden, was irgendwie die Stellung Polens stärken könnte. Dahin gehörte aber in erster Linie das Liquidationsabkommen und der in Aussicht stehende deutsch-polnische Handelsvertrag.

Nach den Ausführungen des Redners nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, worin gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen, das nicht nur

